

keiner Seite ein Zweifel erhoben worden ist, geht seine Ansicht dahin, daß die Regierung nicht behindert sei, dieselbe Unterstützung, welche man nach noch zu fassenden Beschlüssen den Eisenbahnen aus Staatsmitteln gewähren wolle, auch dieser Bahn zuzugestehen. Ist dieß die Meinung der geehrten Deputation und auch die der Kammer, so würde der Punct 5. nur in einigen Worten abzuändern sein, nämlich daß der §. so hieße: „Die Anlegung und der Betrieb der unter 1. genannten Eisenbahnen, rücksichtlich welcher Verträge mit auswärtigen Regierungen bestehen oder im Laufe der jetzigen Finanzperiode abgeschlossen werden, wird Privatunternehmern überlassen, insofern nöthig, unter angemessener Unterstützung und Mitwirkung Seiten des Staats. Die Modalität der Aufbringung der Mittel für die nicht auf Staatsverträgen beruhenden Bahnen bleibt künftiger Vereinbarung zwischen Regierung und Ständen vorbehalten.“ Würde diese Fassung gewählt, so stimmte sie überein mit dem 10. Puncte, und es würde ganz der Ansicht der Deputation entsprechen, daß in Beziehung auf diese Bahn, was die Aufbringung der Mittel betrifft, Seiten der Regierung nichts im Voraus und ohne Zustimmung der Stände geschehen darf, also auch die Ausführung hinausgeschoben werden muß. Ich habe es der Erwägung der geehrten Deputation zu überlassen und anheimzugeben, ob sich durch diesen Vorschlag die verschiedenen Ansichten, welche sich herausgestellt haben, nicht alle vereinigen ließen?

Abg. Püschel: Durch diesen Vorschlag des Herrn Staatsministers würde das ganze Bedenken gehoben, und ich würde den Antrag selbst stellen auf Abänderung der von der Deputation vorgeschlagenen Fassung in diejenige, wie sie uns der hochgeehrte Herr Finanzminister vorgeschlagen hat, nämlich: „daß die Modalität der Aufbringung der Mittel für die nicht auf Staatsverträgen beruhenden Bahnen künftiger Vereinbarung zwischen Regierung und Ständen vorbehalten bleibe.“

Präsident D. Haase: Es bedarf dessen nicht, da der Vorschlag Seiten der hohen Staatsregierung ausgegangen ist. Ich werde jedoch jetzt erst die Mitglieder der zweiten Deputation über die Annahme dieser neuen Fassung befragen.

Abg. von Thielau: Ich würde damit einverstanden sein, wenn die hohe Staatsregierung erklärt, daß die Zeit des Bauangriffs auch damit einbegriffen sein soll. Denn, meine Herren, wenn einmal der Angriff selbst erfolgt ist, so würde natürlicher Weise die Anschaffung der Mittel von selbst folgen müssen.

Abg. Poppe: Auch ich bin damit einverstanden.

Staatsminister von Zeschau: Einer Erklärung der Regierung würde es in dieser Beziehung nicht bedürfen, denn wenn ich nicht irre, hat sie schon in meinen Worten gelegen; es würde aber auch jedes Bedenken vollständig beseitigt, wenn die geehrte Kammer das Deputationsgutachten zu Punct 10. annimmt. Denn dort steht: „Die Bestimmung der Reihenfolge der Bauführungen und die Vertheilung der verschiedenen Bahnen und Bahnstrecken auf die einzelnen Baujahre wird von dem Gesichtspuncte aus erfolgen, daß auf Erfüllung der mit den Nachbar-

staaten rücksichtlich gewisser Bahnlinien abgeschlossenen Verträge zunächst Bedacht zu nehmen sei, und der Bau der inneren Verbindungsbahnen erst nach Bewilligung der dazu erforderlichen Mittel durch die künftigen Ständeversammlungen, so wie nach vollständiger Sicherung der Ausführung der Bahnen nach dem Auslande zu erfolgen habe.“ Wird also Satz 10. angenommen, so bedarf es einer besondern Erklärung nicht.

Präsident D. Haase: Ich darf also annehmen, daß alle Deputationsmitglieder damit einverstanden sind.

Abg. Müller (aus Chemnitz): Der Herr Referent bemerkte, daß er glaube, ich hätte im Sinne gehabt, daß es möglich sei, die Bahn Chemnitz-Niesa schon in der gegenwärtigen Finanzperiode in Angriff zu nehmen, wenn sich der Staat dabei theilige; allein ich bitte, mir zu glauben, daß ich daran nicht gedacht habe. Ich bin vielmehr vollkommen überzeugt, daß vorher die andern Bahnen gebaut werden müssen, und daß der Staat nicht zu sehr mit Kapitalien in Anspruch genommen werden darf. Bei meinem zweiten Antrage, der sich auf die Zinsengarantie bezog, hat mich allerdings die Möglichkeit geleitet, daß die Bahn nächstes Jahr in Angriff genommen werden könne. Was aber endlich die Meinung betrifft, daß die Kapitalien für den Bau der Bahnen nicht in zu großer Masse verbraucht werden dürfen, so kann dieß nicht den Eintrag thun, den der geehrte Herr Referent vermuthet. Denn ich glaube, es wird jedem Kapitalisten freistehen, sich bei der oder jener Bahn zu theiligen, die er für die rentabelste hält.

Secretair Abg. Nothe: Der große Theil des obern Erzgebirges, der hinter den Städten Freiberg, Chemnitz und Zwickau liegt, wird bei der gegenwärtigen Angelegenheit in der That auch Berücksichtigung verdienen. Dieser große Theil des gesammten Vaterlandes mit seiner dichtzusammengedrängten gewerbreichen Bevölkerung kann natürlich wegen seiner Terrain-schwierigkeiten keinen Anspruch auf eine Eisenbahn machen, muß daher seinen einzigen Vortheil darin suchen, irgend einer Eisenbahn so nahe als möglich gebracht zu werden, und daß die votirte Bahn von Chemnitz nach Niesa thunlichst bald in Angriff genommen und ausgeführt werde. Darauf müssen sich für jetzt die Wünsche des oberen Erzgebirges beschränken. Da ich nun aber aus dem Deputationsgutachten und der darüber stattgefundenen Debatte die Besorgniß entlehne, daß die Bahn auf eine bedenkliche Weise verzögert werden soll, so werde ich gegen dasselbe und für die von der hohen Staatsregierung gegebene Fassung des §. stimmen, dieß aber zu Motivirung meiner Abstimmung bemerken.

Referent Abg. Georgi (aus Mylau): Ich kann durch das, was die beiden Abgeordneten angeführt haben, meine Ansichten nicht für widerlegt erachten. Auch ich wünschte dem Erzgebirge möglichst bald eine Verbindung mit den übrigen Eisenbahnen; aber höher noch als dieser Wunsch stehen mir die Interessen des Staates, und ich kann der Besorgniß mich nicht entschlagen, daß, wenn für das schlesische Unternehmen in der